

FBP gegen weniger Netto vom Brutto

Standpunkt von FBP-Parteipräsident Marcus Vogt zum Lösungsvorschlag der FBP-Fraktion, betreffend die langfristige Sicherung der AHV

Harry Quaderer, Präsident der DU-die Unabhängigen, bezeichnete den Vorschlag der FBP-Fraktion zur langfristigen Sicherung der AHV als verwerflich, wahnwitzig und als brillante Neidstrategie.

Seine Aussagen bedeuten nichts anderes, als dass die Partei «DU-die Unabhängigen» höhere Lohnnebenkosten – also weniger Netto vom Brutto – und somit tiefere Löhne befürwortet. Zudem spricht sich Harry Quaderer für eine Erhöhung des Rentenalters aus, was dazu führt, dass länger gearbeitet werden muss. Die Erhöhung des Staatsbeitrages in die AHV ist für ihn ebenfalls ein gangbarer Weg. Die Grundsatzposition der DU-Partei zur

langfristigen Sicherung der AHV lautet also: Länger arbeiten für weniger Geld und gleichzeitige Erhöhung des Exports an Steuergeldern ins Ausland.

Genau um dies zu verhindern, arbeitete die FBP-Fraktion in den letzten Wochen einen Vorschlag aus, mit welchem die AHV langfristig gesichert wird und gleichzeitig sowohl die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber nicht stärker belastet werden.

Die FBP spricht sich zur langfristigen Sicherung der AHV zwar auch für eine Erhöhung der Arbeitgeber und Arbeitnehmerbeiträge an die AHV aus, möchte diese Erhöhung der Lohnnebenkosten und somit diese höheren Lohnabzüge mit der Senkung der Krankenkassenprämien durch Erhöhung des Staatsbeitrages an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung kompensieren. Diese Mehrbelastung für den Staatshaushalt soll mit einer Kürzung der Finanzzuweisungen des Landes an die finanzstarken Gemeinden gegenfinanziert werden. Mit diesem Vorschlag kann auch eine Erhöhung des Rentenalters verhindert werden, welche die FBP-Fraktion bereits vor einigen Wochen momentan als nicht geeignetes Mittel zur langfristigen Sicherung der AHV angesehen hat.



FBP-Parteipräsident Marcus Vogt. (Foto: Paul Trummer)

Mit dem Lösungsvorschlag der FBP-Fraktion gehen verschiedene Vorteile einher. Inländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfahren unter dem Strich keine Mehrbelastung. Für die Arbeitgeber ergibt sich grundsätzlich keine zusätzliche Belastung, da der höhere Beitrag an die AHV mit dem tieferen Arbeitgeberbeitrag an die Krankenkassen kompensiert wird.

Vorteile bringt der FBP-Vorschlag auch für die Rentnerinnen und Rentner, da für sie die Krankenkassenprämien sinken werden. Darüber hinaus muss auch das Rentenalter zum jetzigen Zeitpunkt nicht erhöht werden, da mit dem Vorschlag der FBP der AHV-Fonds per 2038 wieder auf über 5 Jahresausgaben ansteigt. Da mit diesem Lösungsvorschlag der FBP-Fraktion

der Staatsbeitrag an die AHV nicht erhöht wird, findet auch kein Anstieg des Exports von Steuergeldern ins Ausland statt.

Die FBP-Fraktion hat angekündigt, in der März-Session des Landtages ihren Vorschlag genauer vorzustellen und mit konkreten Zahlen zu untermauern. Gemäss Aussagen von Vertretern der VU, der DPL und auch der Freien Liste würden sie gespannt auf diese weiterführenden Angaben warten und dann entscheiden, ob sie dem FBP-Vorschlag etwas abgewinnen können oder nicht. Nur Harry Quaderer bzw. die «DU/-die Unabhängigen» warten nicht, bis die FBP ihren Vorschlag konkretisiert hat, sie lehnen ihn ab, ohne die Details zu kennen. Das passt zu einer Nein-Sager-Partei, die noch nie einen eigenen konstruktiven Vorschlag für irgendetwas unterbreitete, sondern zu allem immer nur Nein sagt. Interessant ist jetzt aber, dass jene Partei, welche sich in der Vergangenheit als Hüter der Bürgerinnen und Bürger aufspielte, nun genau jene Vorgehensweise unterstützt, welche jenen Personen, welche sie eigentlich hüten wollen, zum grossen Nachteil gereicht. Die DU-Partei und ihr Präsident Harry Quaderer haben ihre Maske fallen lassen. Gut zu wissen, was hinter der Fassade steckt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Marcus Vogt

Adresse:
FBP, Herrngasse 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li

Mail: info@fbp.li



Doppelte Staatsbürgerschaft vor's Volk

Beitrag von FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry.

Im März wird sich der Landtag erneut mit der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerungen befassen. Künftig sollen gemäss Vorschlag der Regierung EWR- und Schweizer Bürger beim Erwerb der Liechtensteiner Staatsbürgerschaft nicht mehr auf die bisherige Staatsbürgerschaft verzichten müssen. Für viele Einbürgerungswillige stellt dieser Verzicht bisher ein grosses Hemmnis dar, um Liechtensteinerin bzw. Liechtensteiner zu werden.

Das Thema erneut auf den Weg gebracht hat eine Motion, welche im Mai 2015 im Landtag diskutiert und mit verschiedenen Anregungen an die Regierung überwiesen wurde.

Von acht möglichen Einbürgerungsarten stellt die erleichterte Einbürgerung infolge längerfristigen Wohnsitzes in Liechtenstein die am meisten genutzte Option dar. Nach 30 Jahren Wohnsitz – wobei die Jahre bis zum zwanzigsten Lebensjahr doppelt ge-

zählt werden – kann der Antrag auf erleichterte Einbürgerung gestellt werden.

Laut Liechtenstein-Institut trifft dies aktuell auf circa 2500 Personen zu. Ich bin der Überzeugung, dass wir auch ohne Gegenrecht diesen Personen die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft einräumen sollten. Eine überwiegende Mehrheit der FBP-Fraktion sieht dies auch so. Darum werden wir dem Vorschlag der

Regierung unsere Zustimmung erteilen und hoffentlich der doppelten Staatsbürgerschaft für EWR- und Schweizer-Bürger zum Durchbruch verhelfen.

Die FBP hat sich bereits im September 2019 dafür ausgesprochen, diese Vorlage einer Volksabstimmung zuzuführen. Aus diesem Grunde wird die FBP-Fraktion in der kommenden März-Landtagsitzung diesen Antrag einbringen.



FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry. (Foto: Michael Zanghellini)

«Ich bevorzuge eine nationale Forschungsförderung»

Interview mit Alexander Batliner, Landtagsabgeordneter der FBP.

Herr Batliner, die FBP-Fraktion hat ein Postulat zur Stärkung des Forschungs- und Innovationsplatzes Liechtenstein eingereicht. Was bezweckt die FBP mit diesem Postulat?

Alexander Batliner: In erster Linie geht es darum, eine Übersicht über die Forschungs- und Innovationsförderung des Landes zu bekommen und diese in eine Strategie 2030 überzuführen. Bereits im Jahr 2009 hat die Regierung versprochen, eine Wissenschafts- und Forschungsstrategie 2020 zu entwickeln. Des Weiteren wurde damals von verschiedenen Abgeordneten aller Parteien die Erarbeitung eines Gesetzes zur Förderung der Forschung und Innovation gefordert. Beides wurde von der damaligen Regierung versprochen, aber nie umgesetzt. Die Postulanten sind der Ansicht, dass es nun an der Zeit ist, sich dieses Themas wieder anzunehmen.

Weshalb wurde dieses Versprechen nie umgesetzt?

Dies müssen Sie Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und seine Vorgänger im Amt des Wirtschaftsministers fragen. Aus den Rechenschaftsberichten der Regierung kann entnommen werden, dass bis ins Jahr 2015 an einem solchen Gesetz gearbeitet wurde. Dann wurden die Arbeiten auf Eis gelegt. Weshalb es nie zu einer Wissenschafts- und Forschungs-



Landtagsabgeordneter Alexander Batliner. (Foto: Paul Trummer)

strategie kam, entzieht sich meiner Kenntnis. Nachdem der Landtag 2013 die Teilnahme am EU-Forschungsprojekt «Horizon 2020» abgelehnt hat, wurde von verschiedenen Abgeordneten die Regierung nochmals aufgefordert, eine solche Strategie zu erarbeiten, um die mit der Ablehnung sozusagen frei gewordenen Gelder für nationale Forschungsunterstützung zu

verwenden. Aber auch dieser Wunsch von verschiedenen Abgeordneten bleibt bis heute unerfüllt.

Und weshalb wurde dieses Postulat gerade jetzt eingereicht? Es war doch schon länger absehbar, dass in dieser Sache vom zuständigen Ministerium von Daniel Risch keine Massnahmen gesetzt werden.

Ein Grund für den jetzigen Zeitpunkt ist, dass das EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» Ende dieses Jahres ausläuft und die EU ein neues Programm mit dem Namen «Horizon Europe» einführen möchte. Dieses soll am 1. Januar 2021 starten und mit 100 Milliarden Euro geäuft werden. Damit wurde der Betrag gegenüber dem Vorgängerprogramm massgeblich erhöht. Dies hätte zur Folge, dass Liechtenstein etwa 40 Mio. Franken einbringen müsste, wenn wir daran teilnehmen wollen. Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch betonte im Rahmen einer Beantwortung einer Kleinen Anfrage im Dezember 2017, dass er entweder einen

entsprechenden Verpflichtungskredit zur Teilnahme an diesem Forschungsprogramm oder alternativ ein Rahmengesetz, mit welchem die Forschungsförderung zentralisiert und eine mögliche Teilnahme am EU-Forschungsprogramm darüber abgebildet werden soll, dem Landtag vorlegen wird. Beides fehlt jedoch im Jahresprogramm der Regierung für das Jahr 2020.

Würden sie eine Teilnahme am EU-Forschungsprogramm «Horizon Europe» unterstützen?

Mit dem gegenwärtigen Wissensstand kann ich mir nicht vorstellen, dass ich eine Teilnahme befürworten werde. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Rückfluss an die Liechtensteiner Wirtschaft gering ist. Hierfür sind für mich 40 Mio. Franken ein zu grosser Einsatz. Ich bevorzuge eine nationale Wissenschafts- und Forschungsförderung, welche bei den Liechtensteiner Unternehmen und Forschungsinstitutionen auch ankommt. Auch dafür soll das Postulat Möglichkeiten und Wege aufzeigen.